

Gartenschauen als Instrumente ökologischer Abwertung?

Ein Kommentar von Rudolf J. Sergel, PhD, Dipl.-Biologe und Mitglied des Ausschusses für Verkehr und Umwelt in der Bezirksversammlung HH-Mitte

Neben juristischer Ignoranz, mit der die igs 2013 bei der offensichtlichen Nichtbeachtung verschiedener natur- und baumschutzrechtlicher Gesetze und Verordnungen drauflos gehauen und geholt hat, ist den Planern der Wilhelmsburger Gartenschau auch naturschutzfachliche Inkompetenz vorzuhalten.

So stellt die Elbinsel eines von acht oder neun regionalen biologischen Artenzentren im Raum Hamburg dar. Man hätte erwarten können, dass man diesen Aspekt bzw. dessen Erhalt als ein übergeordnetes Planungsziel im Rahmen von IGS, IBA und der Verkehrs- und Stadtentwicklungsprojekte der Elbinsel festgeschrieben hätte. Stattdessen aber überzieht man Natur- und Grünräume mit einem Flickenteppich verschiedenster Eingriffe, ohne dass vorher ein substantielles Gesamtkonzept etwa zum Erhalt ihrer biologischen Vielfalt erstellt wurde. Dieses unqualifizierte Handeln ist einer Stadt, die sich demnächst den Titel „Umwelthauptstadt Europas“ umhängen will, nicht würdig.

Man kann daran erinnern, dass die Vereinten Nationen gerade vor dem Hintergrund eines globalen Artenverlustes von ca. 150 – 200 biologischen Arten pro Tag das Jahr 2010 zum „Jahr der Biodiversität“ ausgerufen haben. Die Vertragspartner der Biodiversitätskonvention (COD), zu denen auch Deutschland gehört, sollen in diesem Jahr nationale Aktionspläne zum Erhalt ihrer Artenvielfalt vorlegen. Biologische Vielfalt existiert

nicht einfach so irgendwo und irgendwie, sondern hat eine Geschichte hinter sich und bestimmte Bedingungen zur Grundlage. Biologischer Artenschutz wird heute nicht mehr als „Inselpolitik“ betrieben, die hier und da ein Schutzgebiet ausweist und sich ansonsten um Zusammenhänge wie Ökosystem- und Ausbreitungsbiologie, Vernetzung von Biotopen und Strukturen usw. nicht kümmert, sondern erfordert ganzheitliche Konzepte mit klaren Zielformulierungen. Aus Ergebnissen der Ökosystemforschung sind heute in internationales Naturschutzmanagement „ökosystemare Ansätze“ eingegangen. So lauten auch zwei Empfehlungen des Naturschutzrates Hamburg, der als wissenschaftliches Fachgremium Verwaltung und Politik berät, „Vernetze Lebensräume für alle“ und „Naturschutz - nicht ohne Konzept“. Kommt dieses auch im Bezirk Mitte an?

Man kann z. B. daran erinnern, dass etwa die Hälfte der in mitteleuropäischen Städten nachgewiesenen Insektenarten an Gehölzen lebt – die meisten an Eichen und Weiden mit weit über 400, an Birken über 300 und Weißdorn über 200 Arten -, die wiederum in verschiedenste ökologische Beziehungen eingebunden sind. Des weiteren ist aus der Ökosystemforschung bekannt, dass Beziehungen zwischen Flächengrößen und biologischen Artenzahlen von Lebensräumen bestehen: diese Flächen-Arten-Funktionen unterscheiden sich für verschiedene Tier-

und Pflanzengruppen. Für Vögel in Mitteleuropa wurde bei einem Flächenverlust von 10 % ein Artenverlust von ca. 5 % errechnet.

Natürlich hat ein alter Baum auch ganz andere CO₂-Bilanzen als ein junger. Es wurde darauf hingewiesen, dass ein 100jähriger Laubbaum an einem Sonntag den durchschnittlichen CO₂-Abfall von 2 ½ Einfamilienhäusern verstoffwechseln kann; ein junger Baum leistet mit seiner geringeren Blattfläche nur einen Bruchteil davon, was ebenso für andere ökologische Leistungen wie Ausfilterung von Schadstoffen, Keimen, Minderung von Lärmemissionen usw. gilt. Auch klimatische Wirkungen städtischer Grünflächen sind abhängig von ihrer Flächengröße.

Diese wenigen Beispiele mögen klar machen, dass das Holzen und Hauen und andere Eingriffe auf der Elbinsel durch die igs, aber auch IBA und weitere Verkehrs- und Stadtentwicklungsprojekte so, wie sie derzeit vollzogen werden, mit einer ökologischen Abwertung der Stadtteile verbunden sind. Eine igs hätte man auch mit mehr ökologischer Weitsicht durchführen können, u. a. mit Rücksicht auf den biologischen Artenreichtum der Elbinsel. Dass das nicht geschieht, stellt ein manifestes Versagen von Politik und Exekutive dar.

Gartenschauen entwickeln sich immer mehr zu Instrumenten von Naturzerstörung, nicht nur in Wilhelmsburg. Auch der Bundesgartenschau 2009 in Schwerin und der in Vorbereitung stehenden 2011 in Konstanz haben Ökologen und Naturschutzverbände wie der BUND massive Naturzerstörung, auch dort mit massiven Kahlschlägen, vorgeworfen. Sie fordern nachvollziehbare Förderrichtlinien für Gartenschauen, damit diese nicht mehr zu Instrumenten verbrannter Fördergelder mit kurzfristig von Veranstaltern abgeschöpfter Gewinne und zurückbleibender ökologischer Zerstörung für die Allgemeinheit